

## Grußwort

### 60 Jahre Kampf gegen die Demontage

#### Anrede,

der Kampf gegen die Demontage hier in Salzgitter steht, wie jedes geschichtliche Ereignis, nicht isoliert für sich. Er war Teil einer Entwicklung, die insgesamt betrachtet werden muss, wenn man die Dynamik der Ereignisse und ihre Folgen verstehen will. Da ist zunächst die Vorgeschichte, nämlich die Entstehung eines Hüttenwerks in der ländlichen Region, die heute Salzgitter heißt.

Am 15. Juli 1937 wurde im Ratskeller zu Salzgitter-Bad die Reichswerke Aktiengesellschaft für Erzbergbau und Eisenhütten „Hermann Göring“ gegründet. Ziel war die Nutzung der heimischen Eisenerzvorkommen, um im Zuge der Kriegsvorbereitungen von importiertem ausländischem Erz unabhängig zu werden.

Die Erzlagerstätten in Salzgitter waren seit langem bekannt, konnten aber wegen des Säuregehalts der Erze nicht wirtschaftlich verwertet werden. Mit einem in Clausthal in den 20er Jahren entwickelten Verfahren änderte sich dies. Zum Zeitpunkt der Entscheidung arbeitete in England bereits ein Hüttenwerk auf der Basis dieses Verfahrens. Der amerikanische Ingenieur Hermann Brassert, der dieses Werk gebaut hatte, wurde mit seiner Mannschaft auch für das Vorhaben in Salzgitter angeheuert.

Die Ruhrindustrie, die gegen die Planung Front machte, knickte vor dem politischen Druck bald ein. Brassert plante mit seinem Stab das damals größte und modernste Hüttenwerk der Welt für den Standort in der Nähe Braunschweigs. 32 Hochöfen sollten entstehen, ein Stahl- und ein Walzwerk, die üblichen Nebenbetriebe wie Kokereien, ein Kraftwerk, Werkstätten und manches mehr.

Bei diesen politischen Vorgaben gingen Genehmigungsverfahren natürlich außerordentlich schnell, trotzdem waren die Ingenieurleistung und auch die Bauleistung enorm. Nur zwei Jahre nach der Gründung des Unternehmens wurde das erste Roheisen erzeugt – im Herbst 1939 – und 1941 war die erste Hochofengruppe mit acht Hochöfen komplett.

Bei Kriegsende standen 12 Hochöfen, von denen 10 in Betrieb waren. Die Hochbahn war weitgehend fertig gestellt, ebenso der Stichkanal. In Betrieb waren neben den Hochöfen ein Thomasstahlwerk, zwei Elektroöfen, ein Walzwerk mit zahlreichen Walzstraßen, zwei Kokereien und das größte Steinkohlekraftwerk Deutschlands.

Für dieses gewaltige Bauvorhaben waren Menschen aus allen Teilen Deutschlands und Europas zusammengezogen worden, zunächst Freiwillige, später immer mehr auch Zwangsverpflichtete. Arbeitskräfte waren knapp, in Salzgitter sah man nicht so

genau auf die Personalpapiere, so dass auch mancher in Salzgitter unterkam, der anderswo wegen seiner politischen Gesinnung Schwierigkeiten bekommen hatte.

In der Region haben bei Beginn der Arbeiten knapp 20.000 Menschen gelebt, im Juni 1941 waren es 140.000, davon ein Drittel Ausländer. Mit dem Fortschreiten des Krieges wurden in immer größerem Umfange Kriegsgefangene, ausländische Zivilarbeiter und schließlich KZ-Häftlinge eingesetzt.

Parallel zum Aufbau des Werkes wurde auch mit dem Aufbau der Stadt begonnen, die, den Dimensionen der Werksplanung entsprechend, eine wirkliche Großstadt werden sollte. Für die große Zahl der benötigten Arbeitskräfte wurden neben den Wohnungen auch gewaltige Barackenlager gebaut.

Bei Kriegsende, die Alliierten marschierten am 10. April ein, besetzten am 11. April die Hauptverwaltung und befreiten die KZ-Häftlinge, stand in Salzgitter ein modernes, voll funktionsfähiges, wenngleich noch nicht komplettes, integriertes Hüttenwerk und daneben eine Stadt, die zu einem Teil aus neugebauten Wohngebäuden und zu einem ebenso großen Teil aus Barackenlagern bestand.

Die Bevölkerung schichtete sich sehr rasch um, viele der zwangsverpflichteten Arbeitnehmer, die Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter gingen in ihre Heimat zurück. Die frei werdenden Baracken füllten sich mit Flüchtlingen und Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten. Für viele war Salzgitter eine Zwischenstation. Nicht wenige versuchten jedoch, hier Fuß zu fassen und ein Auskommen für sich und ihre Familien zu finden. Das erwies sich jedoch als schwierig. Arbeitsplätze waren knapp.

Die britische Militärregierung hatte die Produktion gestoppt, lediglich Kraftwerk und Wasserwerke durften weiterarbeiten. Sie sorgte jedoch für den Erhalt der Anlagen, ohne dass klar wurde, wie es weitergehen sollte.

Der Hintergrund: Während die Russen in ihrem Besatzungsgebiet radikal die Demontage von Industrieanlagen durchsetzten und die Amerikaner im Gegensatz dazu für einen Wiederaufbau der Industrie eintraten, war das weitere Vorgehen in England umstritten. Schließlich setzten sich dort die Demontagebefürworter, das heißt die britischen Stahlindustriellen, durch. Im September 1947 wurde die Demontageliste bekannt gegeben. Geplant war ein Kahlschlag. Das Hüttenwerk in Salzgitter sollte weitgehend demontiert, ein großer Teil zum britischen Stahlwerk Corby verlagert werden. Dies war das Werk, das Brassert zur Verhüttung saurer Erze gebaut hatte.

Ziel der Alliierten war generell die Verhinderung einer erneuten Kriegsfähigkeit Deutschlands, dazu gehörte auch die Begrenzung der Metallerzeugung. Angesichts der immensen Zerstörungen in ganz Europa war jedoch bald klar, dass Stahl in großem Umfang benötigt werden würde. Deshalb waren die Ruhrhütten inzwischen auch alle wieder in Betrieb. In Salzgitter war der Erzbergbau zu einem Teil wieder in Gang gebracht worden, das geförderte Erz wurde entweder zur Ilseder Hütte oder an die Ruhr verbracht. Stahl wurde hingegen in Salzgitter nicht erzeugt.

Hier wollte man ein Exempel statuieren. Der von den Nationalsozialisten aufgebaute Rüstungskonzern sollte zerschlagen werden. Daran änderte auch eine überarbeitete Demontageliste nichts. Während die Alliierten einen Teil ihrer Demontagevorhaben in

Deutschland zurück nahmen, also die amerikanische Linie des Wiederaufbaus sich langsam durchsetzte, wurde in Bezug auf Salzgitter nichts verändert. Es herrschte hier das blanke Entsetzen.

Die Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung und der Arbeiterschaft eskalierten und mündeten schließlich in tätliche Auseinandersetzungen am 6. März 1950, also vor 60 Jahren.

Wir sind heute hier zusammen gekommen, um an diese Ereignisse zu erinnern. Durch den Einsatz der Arbeiter wurden die Sprengungen der Fundamente und damit das endgültige Aus des Hüttenwerks verhindert. Das endgültige Aus für das Werk hätte auch das endgültige Aus für die Stadt bedeutet. Deshalb erinnern wir heute zu recht an die seinerzeitigen Auseinandersetzungen als einen Wendepunkt der Entwicklung.

Es ist jedoch nicht richtig, den 6. März mit dem tatsächlichen Ende der Demontage gleichzusetzen. Diese ging nämlich munter weiter. Erst nach Verhandlungen mit den inzwischen funktionsfähig agierenden deutschen Stellen, der Landes- und der Bundesregierung, und dem Deutschen Gewerkschaftsbund wurde am 20. Januar 1951, also fast ein Jahr später, das offizielle Demontageende besiegelt. Zu diesem Zeitpunkt waren aber Betriebseinrichtungen im Umfang von 260.000 Tonnen Stahl abtransportiert, die Roheisenerzeugungsfähigkeit um 75 Prozent herabgesetzt und die Stahlwerks- und Walzwerkskapazität auf Null gebracht. Die Arbeitslosenquote lag bei über 30 Prozent und damit zweieinhalb Mal höher als im Bundesgebiet. Salzgitter wurde offiziell zum „Notstandsgebiet“ erklärt.

Der 6. März 1950 – ohne Zweifel ein historisches Datum. Der Tag, an dem die Arbeiterschaft die Zukunft für sich und ihre Familien erkämpfte? Richtig, aber nicht vollständig richtig! Der Kampf um die Zukunft hatte schon zuvor eingesetzt. Zum Beispiel mit der Bildung eines ersten Betriebsrats schon 1945 und der Etablierung der paritätischen Mitbestimmung mit einem Arbeitsdirektor 1948, also deutlich vor der entsprechenden gesetzlichen Regelung. Die Bemühungen der Arbeitnehmervertreter bei der Beschaffung von Aufträgen gehört in diesen Zusammenhang und auch deren Einsatz für die Verbesserung der Lebensbedingungen.

Und wie ging es weiter nach dem Stopp der Demontage 1951? Nach Anlaufschwierigkeiten, zunächst lehnten die Alliierten den Antrag auf Wiedererrichtung der Stahl- und Walzwerke ab, startete schließlich der Wiederaufbau. 1953 ging das neue Stahlwerk in Betrieb, es arbeiteten drei Hochöfen, zwei Koksofenbatterien, die Gießerei und weitere Nebenbetriebe. Salzgitter kam damit in Gang, aber sehr viel später als die Ruhrindustrie, ein Nachteil, der lange nachwirkte. Erst in der zweiten Hälfte der 50er Jahre war ein halbwegs akzeptabler Gesamtbestand an Anlagen in Betrieb, also mehr als 10 Jahre nach Kriegsende.

Der Notstand war damit noch lange nicht beendet, die Stadt Salzgitter bestand immer noch zu einem erheblichen Teil aus Barackenlagern, die kommunale Infrastruktur, also das Angebot an Straßen, an Kindergärten und Schulen, war dürftig, der Wohnraum bei weitem nicht ausreichend. Es fehlte ein Krankenhaus, auch ein Rathaus, und vieles mehr.

Bis weit in die 70er Jahre hinein befanden sich Stadt und Werk im Aufbau. Der „Kampf um die Zukunft“ dauerte mithin vom Wendepunkt 1950 an gerechnet mehr als ein Viertel Jahrhundert. Stadt und Konzern arbeiteten in jenen Jahren eng zusammen, man sah sich durchaus „in einem Boot“. Die organisierte Arbeitnehmerschaft, Betriebsräte wie Gewerkschaftsfunktionäre, waren vielfältig eingebunden, die Identifikation der Belegschaft mit ihrem Werk außerordentlich groß. Viele Funktionsträger waren zugleich auch politisch tätig, übernahmen Verantwortung im kommunalen Raum und darüber hinaus, darunter viele, die bei dem Kampf gegen die Demontage an der Spitze gestanden hatten.

Die Zukunft von Stadt und Werk ist in jenen 25 Jahren erkämpft worden, Schritt für Schritt. Bei manchen großen Dingen, wie beim Bemühen um eine vernünftige Kapitalausstattung des Konzerns durch den Eigentümer Bund. Aber auch bei vielen kommunalen und regionalen Aufgaben, es galt ja nicht nur, Arbeitsplätze zu erhalten, schließlich musste auch eine Stadt aufgebaut, den Menschen Wohnungen verschafft, den Kindern Schulen zur Verfügung gestellt werden. Ohne diese Aufbauarbeit wäre der Kampf vom 6. März 1950 sinnlos geblieben. Er war ein Wendepunkt und er hat Chancen erschaffen. Diese sind genutzt worden.

Auch das lehrt also die Geschichte: Es braucht oftmals eine Aktion, um Dinge in Gang zu setzen oder aber – wie damals – anzuhalten. Damit war es – und ist es – jedoch nicht getan. Ohne Gestaltungswillen und Gestaltungskraft, ohne Ideen und deren beharrliches Umsetzen wird am Ende das Ziel nicht erreicht. In diesem Sinne ist die Geschichte des Kampfes gegen die Demontage, die Vorgeschichte und die Folgezeit einbezogen, über den konkreten Vorgang hinaus ein Lehrstück für uns alle.